



Antrag

der Fraktion der SPD

Den Zusammenhalt in Europa stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die andauernden globalen Krisen, Konflikte und Bedrohungen haben nachhaltige Auswirkungen auf die Wirtschaft, die politischen Entscheidungen und das Zusammenleben in Europa. Sie wirken stark in den Alltag der Menschen hinein. In einer Zeit des tiefgreifenden Wandels in vielen existenziellen Bereichen braucht es ein starkes, ein demokratisches und ein friedliches Europa.

Die EU hat in den letzten Jahren gezeigt, dass sie schnell und besonnen für die Menschen, ihren Schutz, ihre Sicherheit und die Sicherung des Wohlstandes in Europa handeln kann. Für die aktuellen grundsätzlichen Zukunftsfragen ist mehr Europa die Antwort, nicht weniger. Mehr Europa, ein weiterhin freies, gerechtes, sicheres und demokratisches Europa gibt es nur, wenn Europa – die Menschen und die politischen Entscheidungsträger:innen – noch stärker zusammenhält. Die Grundlage dafür ist ein Europa des Respekts. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Homophobie, Rassismus und Antisemitismus sind Gift für ein gutes und friedliches Zusammenleben und den Zusammenhalt in Europa.

Europa kann nur dann die richtigen Entscheidungen für eine gute Zukunft fällen, wenn es gelingt, die unterschiedlichen Interessen in den Zukunftsfragen zum Ausgleich zu bringen und menschenfeindlichen sowie antidemokratischen Tendenzen und Kräften entschlossen begegnet wird.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass

- die Demokratie und Beteiligung an demokratischen Prozessen in Europa gefördert wird;
- die Rechtsstaatlichkeit überall in der EU gelebt und Fehlverhalten konsequent sanktioniert wird;

- die erforderliche Transformation sozial gerecht gestaltet wird. Maßnahmen für den Klimaschutz müssen für alle Akteure und für die Bürger:innen bezahlbar sein. Notwendig ist ein Klima des Mitmachens. Das setzt voraus, dass dies allen Menschen auch möglich ist. Aufgabe der Politik ist es, die notwendigen Infrastrukturen dafür zu schaffen;
- die Vergabe von EU-Mitteln an soziale Mindeststandards geknüpft wird.

Für den Zusammenhalt in Europa ist die Realisierung der Sozialunion neben der Wirtschaftsunion ein entscheidender Erfolgsfaktor. Nur so kann Frieden und Wohlstand für alle gesichert werden und erhalten bleiben.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, sich für die weitere Umsetzung der europäischen Säule der sozialen Rechte einzusetzen. Dazu gehören der Schutz der Rechte der Arbeitnehmer:innen, die Durchsetzung von Mindeststandards und Maßnahmen gegen Sozialdumping. Insbesondere soll sich die Landesregierung einsetzen für

- die Stärkung der Tarifbindung in Schleswig-Holstein und ein Bundestariftreuegesetz unterstützen;
- die weitere Stärkung der Mitbestimmung, vor allem bei der Veränderung der Arbeitswelt durch Anpassungen an den Klimawandel und auch bei der digitalen Transformation. Dazu gehört auch, die Europäischen Betriebsräte im Rahmen der EU-Richtlinie weiter zu stärken;
- den Erhalt des Streikrechts ohne Einschränkungen;
- Verbesserungen für mobile Arbeitnehmer:innen innerhalb der EU, u.a. eine einheitliche europäische Sozialversicherungsnummer, Mindeststandards für Unterkünfte und eine Stärkung und Ausweitung der Beratungsstellen für mobile Arbeit;
- die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Plattformarbeit, die dafür sorgt, die wachsende Wirtschaft der Plattformarbeit zu regulieren und die Rechte der Plattformbeschäftigten zu verbessern;
- eine EU-Richtlinie für den Schutz vor psychischen Belastungen am Arbeitsplatz, die auf die Zunahme von Stress, Arbeitsverdichtung und Zeitdruck reagiert und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besser schützt;
- die Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes, das EU-weite Standards für faire Arbeitsbedingungen setzt und zu einem faireren Wettbewerb in Europa beiträgt, weil dadurch alle Unternehmen den gleichen Standards unterliegen;
- EU-weite Bildungs- und Ausbildungsgarantien für Kinder und Jugendliche, die Sicherstellung der Vergütung von Praktika durch schleswig-holsteinische Unternehmen, für die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Ausbildungs- oder Studienabschluss und ausreichende Weiterbildungsangebote in Schleswig-Holstein;
- für starke soziale Sicherungssysteme EU-weit, die den Menschen im Wandel ein Leben in Würde ermöglichen. Dazu gehören u.a. EU-weite Instrumente zum Schutz vor Kinderarmut und für die Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum;
- die weitere Umsetzung der Inklusion und die Einführung eines europäischen Behindertenausweises;

- eine starke Gesundheitsunion, den Zugang zu guter Gesundheitsprävention und -versorgung und Pflege, die Stärkung des Pflegesektors und einen gesicherten Zugang zu Arzneimitteln;
- für verstärkte Maßnahmen gegen Antidiskriminierung;
- eine Erneuerung der europäischen Gleichstellungsstrategie, vor allem mit Maßnahmen zur Stärkung der Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie eine konsequentere Umsetzung der bestehenden Gleichstellungsstrategie und der LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie in Schleswig-Holstein und
- die Umsetzung des EU-Gesetzes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Serpil Midyatli

Marc Timmer

und Fraktion